

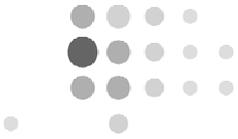


Die schwedische Sozialdemokratie nach der Wahl 2010

Hintergründe, Strategie und Ergebnisse

HÅKAN A. BENGSSON
Oktober 2010

- Als Ergebnis der Wahlen zum nationalen Parlament vom 19. September 2010 in Schweden wird die bürgerliche Koalitionsregierung bis 2014 als Minderheitsregierung im Amt bleiben.
- Der rot-grünen Opposition (Sozialdemokraten, Umweltpartei/die Grünen und Linkspartei) gelang es nicht, die Mehrheit der Wähler zu überzeugen. Im Gegenteil – die schwedischen Sozialdemokraten verlieren nach ihrem historisch schlechtesten Wahlergebnis 2006 erneut Stimmen und damit innerhalb von acht Jahren jeden vierten Wähler.
- Wie in anderen europäischen Staaten verzeichnet die rechtspopulistische und fremdenfeindliche Partei Schwedens, die *Schwedendemokraten*, starke Stimmenzuwächse. Durch ihren erstmaligen Einzug ins Parlament wurden sie zum Zünglein an der Waage.
- Ursachen für das Wahlergebnis der schwedischen Sozialdemokraten werden durch eine Analyse der Hintergründe des Wahlkampfes 2010 sowie durch die Betrachtung eines geschichtlichen Überblicks über die Stellung der Sozialdemokratie in der schwedischen Politik und der Strategie der Sozialdemokraten für die Wahlen 2010 deutlich.
- Die rot-grüne Zusammenarbeit ist eine Schlüsselfrage, die die Diskussionen nach der Wahl prägen. Im Grunde lautet die Frage, ob die politische Strategie und Zusammenarbeit mit der Linkspartei und den Grünen ein Zukunftskonzept ist oder ein einmaliges Experiment bleibt. Tatsache ist, dass die Sozialdemokratie ein gangbares politisches Rezept finden muss, um der Krise zu begegnen und verlorenen Boden wiedergutzumachen.



Inhalt

1. Die politische Arena vor den Wahlen 2010	2
2. Die schwedische Sozialdemokratie	3
3. Historische strukturelle Überlegenheit der Linken	5
4. Von Göran Persson zu den neuen Moderaten	7
5. Bildung der rot-grünen Alternative	9
6. Land der Möglichkeiten	11
7. Zwischen Stadt und Land	12
8. Das Wahlergebnis 2010	13
Literatur	15

1. Die politische Arena vor den Wahlen 2010

Jede Parlamentswahl an sich ist natürlich eine Richtungswahl. Doch die diesjährigen schwedischen Wahlen waren schicksalsträchtig, insbesondere weil sich die politische Arena in den letzten Jahren von Grund auf verändert hat, weshalb sich bei den Wahlen 2010 zwei deutliche und vorab formulierte Regierungsalternativen gegenüber standen: die bürgerliche Allianz und die rot-grüne Alternative. Ein weiterer Aspekt in diesem Zusammenhang war, dass die Konservativen die langfristige politische Entwicklung Schwedens wie nie zuvor in der modernen Zeit prägen werden, sollte es den Sozialdemokraten nicht gelingen, in diesem Jahr die Regierungsmacht zurückzuerobern.

Die 2006 angetretene konservative Regierung hat nämlich eine Vielzahl von Strukturreformen durchgeführt, die von langfristiger Bedeutung für die zukünftige Gestaltung des schwedischen Modells sind. Vor allem gilt dies für die Umstellung der Arbeitsmarktpolitik, was sowohl kurz- als auch langfristig zu einer Veränderung der Machtbalance auf dem Arbeitsmarkt zwischen den Arbeitgebern und den Gewerkschaftsverbänden führen kann. Die schwedischen Arbeitsmarktbeziehungen mit einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und nahezu flächendeckenden Tarifverträgen waren ein wichtiger Bestandteil des schwedischen Modells, so wie wir es bisher kannten. Weitere wichtige Elemente dieses Modells waren Elterngeld und andere Sozialversicherungsleistungen, eine hohe Steuerquote, ein verhältnismäßig großes öffentliches Engagement und öffentlich finanzierte Wohlfahrt vor allem bei Pflege, Schule und Betreuung.

Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, die natürlich auch mit der globalisierten Wirtschaft und erhöhter grenzüberschreitender Mobilität auf dem Arbeitsmarkt einher gingen, wirken sich auf die Position der Gewerkschaftsbewegung und indirekt auch auf die Stellung der Sozialdemokratie in der Gesellschaft aus, vor allem da Verbindung und Zusammenarbeit zwischen der LO, dem schwedischen Gewerkschaftsdachverband, und den Sozialdemokraten sehr eng waren und sind.

Auch Schweden hat einen politischen Strukturwandel erfahren. Vor den Wahlen 2006 bildeten die bürgerlichen Parteien eine Allianz mit einem fertigen Programm für mehrere wichtige politische Bereiche.

Dies war früher nicht genauso strukturiert erfolgt. Derartige Verhandlungen fanden damals nach einem Wahlsieg statt, ausgehend von der Unterstützung der Wähler für die einzelnen politischen Parteiprogramme. Diesem politischen Manöver wird eine große Rolle beim Wahlausgang 2006 eingeräumt.

Die früheren Spaltungen unter den Konservativen haben den Sozialdemokraten im Rückblick genutzt. Die Sozialdemokraten hatten damals einen so großen Wähleranteil, dass sie die Regierungsmacht für sich allein beanspruchen konnten und ausgehend von dieser Position in der Lage waren, selbst ein deutliches Wahlprogramm vorzustellen, während die bürgerlichen Parteien vor der Wahl nie einen gemeinsamen Bescheid in entscheidenden Fragen zu geben vermochten. Ferner waren die Sozialdemokraten meist allein an der Regierung, zwar häufig als Minderheit, jedoch mit passiver Unterstützung vor allem der Linkspartei (Vänsterpartiet), der früheren Linkspartei Kommunisten (VPK), oder mit wechselnden Mehrheiten. Zeitweise war auch die Zentrumsparterie (Centerpartiet) ein Partner, in den 1930er und 1950er Jahren sogar Koalitionspartner. Doch hat sich die heutige Zentrumsparterie von dieser Art der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten verabschiedet. Viele Fragen wurden auch über die Blockgrenzen hinweg im schwedischen Reichstag entschieden. Die Verteidigungspolitik dient hier als Beispiel. In vielen Wohlfahrtsfragen gab es Gemeinsamkeiten zwischen den Sozialdemokraten, der liberalen Volkspartei (Folkpartiet) und der Zentrumsparterie. Durch die Bildung einer Allianz im bürgerlichen Lager ist diese Art der blocküberschreitenden Zusammenarbeit kaum vorhanden. Dies hat zu einer deutlichen Konfrontation zwischen den beiden Lagern im diesjährigen Wahlkampf geführt, aber auch zu einer Konvergenz hin zur Mitte, in der beide Lager versuchen, unsichere Wähler auf ihre Seite zu ziehen.

Während der Legislaturperiode bis zu den Wahlen 2006, als die Sozialdemokraten allein regierten, bestand eine feste Beziehung zwischen den Sozialdemokraten, den Grünen (Miljöpartiet) und der Linkspartei. In einer Reihe zentraler politischer Bereiche verhandelten die Parteien über gemeinsame Entwürfe. Auch wenn Linkspartei und Grüne nicht der Regierung angehörten, hatten sie doch politische Sachverständige in manche Ministerien entsandt. Das vor dieser Wahl gebildete rot-grüne Bündnis ist folglich über mehrere Jahre entstanden und heute stärker formalisiert als früher.

Bereits vor den Wahlen stand fest, dass die alte Ordnung ihre Rolle ausgespielt hatte. Die Grünen und die Linkspartei wollten an einer künftigen Regierung beteiligt werden und nicht mehr nur als Stützparteien der Sozialdemokraten im Reichstag fungieren. Die vor den Wahlen 2006 gebildete bürgerliche Allianz beschleunigte diesen Prozess. Bei den diesjährigen Wahlen traten die drei Parteien als lose formuliertes rot-grünes Bündnis an. Sie präsentierten gemeinsame Vorschläge für eine Vielzahl von Bereichen. Im Frühjahr 2010 legten die drei Parteien einen gemeinsamen Haushaltsentwurf vor. Dies ist für die Sozialdemokraten ein historischer, jedoch auch umstrittener Schritt. Die rot-grüne Regierung Norwegens durfte als Vorbild und Inspirationsquelle für die schwedischen Sozialdemokraten dienen. Zwei mehr oder weniger deutliche Regierungsalternativen standen einander also gegenüber. Es handelt sich nicht um ein Zweiparteiensystem, sondern um zwei politisch strukturierte Blöcke.

Die Wahlen 2010 bedeuteten einen weiteren Rückschlag für die schwedische Sozialdemokratie. Bei den Wahlen 2006 schnitten die Sozialdemokraten mit knapp 35 Prozent schlecht ab. Die Strategie der Partei für die Wahlen war somit historisch völlig neu. Vor einer Wahl hatten sich die Sozialdemokraten noch nie mit einer anderen Partei zusammengeschlossen. Eine Analyse des Wahlergebnisses und seine Konsequenzen folgt am Ende dieses Aufsatzes über die schwedische Sozialdemokratie.

2. Die schwedische Sozialdemokratie

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei (SAP) dominierte im 20. Jahrhundert die schwedische Politik. 1889 wurde die Partei gegründet. Die frühe Geschichte ist von den gleichen Herausforderungen für die junge Arbeiterbewegung geprägt wie in so vielen anderen europäischen Ländern. Parteaufbau und organisatorische Arbeit erstreckten sich über mehrere Jahrzehnte.

In Schweden bestand von Anfang an eine starke Verbindung zwischen der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, die auch heute noch existiert. Und in den Pionierjahren kämpften die Sozialdemokraten mit den Liberalen um die Macht über die Gewerkschaftsbewegung und die Rolle als führender Widerpart der Konservativen und vorherrschenden Machtordnung. Bereits in den Wahlen 1915 erhielten die Sozialdemokraten größeren Zulauf als die Liberalen und wurden die größte Partei in der

zweiten Kammer, obwohl das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen erst bei den Wahlen 1921 voll und ganz umgesetzt wurde.

Auch in einem anderen Aspekt folgte Schweden einem europäischen Muster. 1917 kam es zu einer Spaltung der Partei und eine linkssozialistische Partei wurde gegründet, die sich später der kommunistischen Internationalen anschloss. Von 1921 bis Anfang der 1990er Jahre war dies eine programmatische kommunistische Partei. Doch nahezu alle führenden Linkssozialdemokraten der Spaltung kehrten später wieder in den Schoß der Partei zurück. Die Sozialdemokraten sind deshalb immer eine »allumfassende Kirche« gewesen mit einer großen Spannweite nach links und rechts, und die Partei hat selten Dissidenten ausgeschlossen, die die Parteiführung kritisierten. Es ist vermutlich die Kombination von effizientem Entscheidungsvermögen auf zentraler Ebene und Toleranz gegenüber internen Kritikern, die den Sozialdemokraten eine so starke Stellung verliehen hat. Der kommunistischen Partei gelang es deshalb nie ernsthaft, die Sozialdemokraten als führende Arbeiterpartei abzulösen. Dies ist eine wichtige Erklärung für die politische und ideologische Dominanz der Sozialdemokratie am linken Rand in Schweden. Auch in den turbulenten 1960er und 1970er Jahren war diese starke Position nicht bedroht. Damals agierte die sozialdemokratische Parteiführung geschickt mit dem Erfolg, dass es zu keiner linkssozialistischen Abspaltung kam wie in Norwegen und Dänemark.

Aber natürlich gab und gibt es Spannungen zwischen dem rechten und linken Flügel der Sozialdemokratie. Historisch gesehen ging es um die Frage des Umfangs des öffentlichen Sektors und um Forderungen nach der Vergesellschaftung. In den 1980er Jahren änderte die Sozialdemokratie teilweise ihre frühere Politik ab. Der Expansionstakt des öffentlichen Sektors wurde gedämpft, später ging auch die Steuerquote etwas zurück, vor allem während der bürgerlichen Regierungsjahre. Dies sorgte für einen langwierigen »Rosenkrieg« innerhalb der schwedischen Sozialdemokratie. Zeitweilig wurde der Streit zwischen den so genannten Erneuerern und Traditionalisten offen ausgetragen. Hinzu kam die EU-Frage, die nach wie vor einen Konfliktherd in der schwedischen Sozialdemokratie darstellt. Was Wachstum und Atomkraft anbelangt, so besteht der Streit zwischen den Anhängern der Industrie und den Grünen unter den Sozialdemokraten. Hingegen gab es in der schwedischen Sozialdemokratie

keine festen Fraktionen, weshalb die Streitereien die Partei nicht gelähmt, sondern hauptsächlich eine innere Dynamik gefördert haben und dazu führten, dass die Bandbreite der Partei beibehalten werden konnte.

Die 1920er Jahre verliefen instabil mit schwachen parlamentarischen Regierungen und vielen Arbeitskonflikten. Das Auf und Ab in der Wirtschaft sorgte für Unruhe auf dem Arbeitsmarkt, Schweden war eines der konfliktträchtigsten Länder Europas mit wiederkehrenden Streiks. Die Sozialdemokraten konnten während kürzerer Intervalle die Regierung bilden, jedoch ohne ausreichend starke parlamentarische Grundlage.

Die 1930er Jahre brachten jedoch den großen Durchbruch. 1932 kam die Sozialdemokratie an die Macht. Die Konservativen verloren ihre Rolle als maßgebliche Partei. Die Sozialdemokratie wurde die Partei, die Schweden in den 1930er Jahren aus dem wirtschaftlichen Abschwung herausführte, für Arbeitsfrieden und geordnete Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt sorgte – und für eine neue Wirtschaftspolitik. Es war eine Politik, die zur Festigung der Demokratie in Schweden beitrug. Die extremistischen Parteien am rechten Flügel wurden zu einem Randphänomen. Während des zweiten Weltkriegs stieg der sozialdemokratische Landesvater Per Albin zu einem Symbol für die »Neutralität« Schwedens auf. Dies legte das Fundament für weitere sozialdemokratische Regierungen.

Von 1932 bis 1976 hatten die Sozialdemokraten die Regierungsmacht inne und stellten den Ministerpräsidenten mit Ausnahme einer so genannten Ferienregierung im Sommer 1936, die von Bramstorp vom Bauernbund geführt wurde. Die Sozialdemokraten gingen Ende der 1930er Jahre und in den 1950er Jahren mit dem Bauernbund (heutige Zentrumspartei) auch Koalitionen ein und führten die Sammlungsregierung während des zweiten Weltkriegs an, der alle Parteien bis auf die kommunistische Partei angehörten. Diese 44 Jahre Machtbesitz haben das Bild der schwedischen Sozialdemokratie geprägt und der Partei ermöglicht, das schwedische Gesellschaftsmodell zu formen. Tage Erlander war 23 Jahre Ministerpräsident, Gunnar Sträng 21 Jahre Finanzminister. Ein schwer zu schlagender Rekord. Es gab der Partei auch die Möglichkeit, schrittweise die Gesellschaftsentwicklung zu prägen und allmählich die Verpflichtungen des Wohlfahrtsstaats zu erweitern.

Die Konservativen kehrten 1976 bis 1982 zurück und ein regierungsunerfahrenes bürgerliches Kabinett trat an. Dieses Pastorat war nicht von Erfolg gekrönt. Schweden geriet in eine wirtschaftliche Strukturkrise, die Bürgerlichen waren von inneren Spaltungen gezeichnet und sahen sich zu mehreren Regierungsumbildungen gezwungen. Zusammenfassend forderten die Bürgerlichen in dieser Zeit die Grundfesten des sozialdemokratisch geprägten Gesellschaftsmodells heraus; die ideologischen Debatten wurden immer stärker nach links ausgerichtet. Die Sozialdemokraten kamen 1982 erneut an die Macht. Das von 1991 bis 1994 regierende konservative Kabinett landete inmitten einer Wirtschafts- und Währungskrise, welche die radikaleren Pläne eines Systemwechsels (um die »Sozialdemokratisierung« Schwedens aufzubrechen) über den Haufen warfen, die nun bei den Bürgerlichen Fuß gefasst hatten. Doch die konservative Regierung konnte einige das schwedische Modell verändernde Maßnahmen durchführen, insbesondere mit mehreren privaten Anbietern im öffentlichen Sektor. Vor dem Wahlsieg der Bürgerlichen 2006 waren die Konservativen seit 1932 folglich nur neun Jahre an der Macht. Die Frage lautet also, ob der Sieg der Allianz 2006 und 2010 eine ähnliche Wende bedeutet wie der von 1932. Man kann auch sagen, dass das Bild des Machtbesitzes und der ideologischen Dominanz der Sozialdemokraten im politischen Selbstverständnis der Schweden immer noch eine Rolle spielt. Und in gewisser Weise wird die Sozialdemokratie immer noch wie eine staatstragende politische Partei behandelt, auch wenn sich die Partei in der Opposition befindet. Sie prägt weitgehend die Bewachung durch die Medien. Dies gerät nicht immer zum Nachteil der Sozialdemokratie. Ganz im Gegenteil.

Welche Erklärungen gibt es für die historisch gesehen starke Stellung der Sozialdemokratie? Eine wichtige Erklärung ist der organisatorische Aufbau. Die Sozialdemokratie wurde zu der politischen Bewegung, die gemeinsam mit anderen Volksbewegungen die Modernität in Schweden vorantrieb. Schweden war vor hundert Jahren ein spät industriell entwickeltes und armes Land in der Peripherie Europas. Der Industrialisierungsprozess vollzog sich rasch. Die Arbeiterbewegung ist im Wesentlichen Teil dieser Geschichte, formte sie und wurde von ihr geformt.

Die Volksbewegungen dominierten das 20. Jahrhundert in Schweden, der Organisationsgrad war sehr hoch. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften wurden ab den 1930er Jahren zu einer Massenbewegung. Durch

die Regierungsübernahme bestätigte sich dies in vielerlei Hinsicht. Die sozialdemokratische Regierung konnte mit der Bewegung im Land zusammenarbeiten. Die LO wurde ein wichtiger Akteur in der Gesellschaft. Mit dem kollektiven Beitritt erhielt die sozialdemokratische Partei eine große Mitgliederbasis. Nun ist diese Anschlussform abgeschafft, auch wenn die gewerkschaftspolitische Zusammenarbeit nach wie vor besteht. Die Stellung der LO in der Gesellschaft erreichte in den 1970er Jahren ihren Höhepunkt, als die Gewerkschaftsbewegung zur Stärkung der Macht der Arbeitnehmer in den Unternehmen auch einen Vorschlag für Arbeitnehmerfonds präsentierte. In ihrer radikalsten Fassung war de facto eine Übernahme der Unternehmen durch die Gewerkschaften vorgesehen. Die Dachverbände der Angestellten und Akademiker hielten an ihrer parteipolitischen Neutralität fest und organisieren heute gemeinsam mehr Gewerkschaftsmitglieder als die LO.

Durch die Regierungsstellung konnte die Sozialdemokratie zumindest zum Teil eine Hegemonie aufbauen. Das schwedische Modell und die Wohlfahrtsgesellschaft sind hochgradig sozialdemokratisch gefärbt. Auch die Liberalen und Anhänger der Zentrumsparterie gaben beidem ihre Unterstützung. Die Arbeitsmarktpolitik wurde weitgehend im Zusammenspiel mit den Gewerkschaftsverbänden entwickelt. Das so genannte Rehn-Meidner-Modell gab den Rahmen für das Wirtschaftsdenken der Arbeiterbewegung vor. Es wurde von den LO-Volkswirten Rudolf Meidner und Gösta Rehn geschaffen und baute auf einer Politik der niedrigen Inflation, restriktiven Wirtschaftspolitik, solidarischen Lohn- und Gehaltspolitik sowie einer aktiven Arbeitsmarktpolitik auf. Die Arbeitsmarktpolitik sollte die arbeitslos gewordenen Arbeitnehmer (u. a. in Folge der solidarischen Lohn- und Gehaltspolitik) in neue Arbeitsverhältnisse einschleusen. Das ganze Modell erhöhte den Umstellungsdruck in der Wirtschaft und hielt das Wachstum aufrecht. Dies war über mehrere Jahrzehnte der Rahmen für die Wirtschaftspolitik.

Gunnar Olofsson hat in »Klasse, Bewegung, Sozialdemokratie. Essays über die Soziologie der Arbeiterbewegung« einige weitere Puzzleteile für die starke Stellung der Sozialdemokratie mit Fokus auf die Rolle der Gewerkschaften genannt. Er weist u.a. darauf hin, dass die schwedischen Gewerkschaftsverbände neu und modern waren und nicht in erster Linie eine Fortführung von Zünften, Gesellenvereinen und der

liberalen Selbsthilfetradition, sondern ihren Ausgangspunkt im Lohnkampf auf dem Arbeitsmarkt genommen hatten. Des Weiteren bedeutete das »Prinzip der Industriegewerkschaft«, dass die Arbeitnehmer eines Arbeitsplatzes nicht in verschiedene Berufsverbände aufgeteilt wurden. Die Gewerkschaften waren stark zentralisiert und am Arbeitsplatz gut organisiert. Sie waren politisch und an die Sozialdemokratie gebunden und wurden nicht in verschiedene Verbände aufgeteilt wie in manchen anderen europäischen Ländern. Somit war auch die Sozialdemokratie mit einem Bündnis von Großstadtintellektuellen und einer wachsenden Gewerkschaftsbewegung eine moderne Partei. Die enge Beziehung zwischen Gewerkschaften und Partei ist ein zentrales Wesensmerkmal der schwedischen Sozialdemokratie, dem Gunnar Olofsson eine besonders große Bedeutung zumisst.

Einige Veränderungen im Umfeld haben dazu geführt, dass diese sozialdemokratische Grundstruktur nicht mehr so stark ist wie früher. Doch stellt sie immer noch eine wichtige Grundlage für die schwedische Arbeiterbewegung dar. In den letzten Jahrzehnten musste auch das schwedische Modell Veränderungen erfahren. Die Steuerquote ist zurückgegangen. Das schwedische Modell wurde in einigen Teilen liberalisiert. Dies gilt vor allem für den öffentlichen Dienst, in dem jetzt private Dienstleistungserbringer eine bedeutende Rolle spielen. Heute liegt der Schwerpunkt der Politik und des Veränderungsdrucks auf den Arbeitsmarktbeziehungen, die sich im Grunde seit den 1970er Jahren nicht geändert haben. Der globalisierte Arbeitsmarkt und der Beitritt zur EU stellen eine große Herausforderung für das schwedische Arbeitsmarktmodell dar. Auch die konservative Allianz hat seit ihrem Antritt 2006 große Veränderungen auf diesem Gebiet vorgenommen, die die gewerkschaftliche Arbeit erschweren.

3. Historische strukturelle Überlegenheit der Linken

Ausgehend von einem historischen Vergleich kann man in Schweden von einer Dominanz der Linken ganz allgemein und der Sozialdemokraten im Besonderen sprechen. Geht man von den Wahlen für die zweite Kammer bis 1968 aus, als Schweden noch ein Zweikammersystem hatte, und dann von den Parlamentswahlen nach 1970, sehen wir folgendes Muster, bei dem das Wahlergebnis nach Jahrzehnten aufgeschlüsselt ist:

	S	V	Mp	Linke	Konservat.	Diff.
1930er	43,8	8		51,8	47,05	+4,17
1940er	48,87	6,7		52,53	43,97	+8,56
1950er	45,35	4,23		50	49,9	+0,1
1960er	48,4	4,23		52,63	44,8	+7,83
1970er	43,7	5,1		47,45	49,05	-1,6
1980er	44,5	5,6	2,9	51,9	44,9	+7
1990er	39,8	7,56	4,3	50,53	46,4	+4,13

Erläuterung: S = Sozialdemokraten, V = Linkspartei (ehem. VPK, Linkspartei Kommunisten), MP = Umweltpartei/die Grünen, Linke = alle Linksparteien zusammen (inkl. Umweltpartei), Konservative = alle bürgerlichen Parteien. Die Neue Demokratie (Ny Demokrati), eine rechtspopulistische Partei, die von 1991–1994 im Reichstag saß, wurde dem bürgerlichen Lager zugeordnet.

Erstaunlich an dieser Aufstellung ist natürlich die starke Dominanz der Linksparteien in der schwedischen Politik. Vor allem beruht dies auf der einzigartigen Stellung der Sozialdemokratie. In den 1940er und 1960er Jahren konnten die Sozialdemokraten im Schnitt zwischen 45 und 49 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen.

Die Linksdominanz war also eindeutig. Nur in den 1950er und 1970er Jahren herrschten über das gesamte Jahrzehnt gesehen einigermaßen ausgewogene Verhältnisse zwischen beiden Blöcken. Der Schlüssel dazu war natürlich die starke Stellung der Sozialdemokratie.

Doch sei notiert, dass die Unterstützung der Sozialdemokraten von im Schnitt 45–49 Prozent zwischen den 1940er und 1960er Jahren rückläufig ist. In den 1970er und 1980er Jahren lag das Ergebnis bei unter 45 Prozent und ab den 1990er Jahren unter 40 Prozent. 2006 hatten die Sozialdemokraten mit knapp unter 35 Prozent das schlechteste Wahlergebnis seit den zusätzlichen Wahlen im Frühjahr 1914 eingefahren.

Die Stellung des linken Blocks blieb zwar weiterhin stark, aber die Sozialdemokratie ist über diesen langen Zeithorizont schwächer geworden. Diese Veränderung kann natürlich nicht ignoriert werden. Sie hat die politische Arena beeinflusst, was sich deutlich im Lichte der diesjährigen Wahl zeigt, bei der die Sozialdemokraten ein rot-grünes Bündnis gebildet haben. Der Rückgang ist relativ, aber real.

Die Linkspartei konnte die im Zuge der finanziellen Sanierungspolitik der 1990er Jahre herrschende Unzufriedenheit auffangen, als die Sozialdemokraten viele Wähler verloren. Die Grünen sind heute eine im schwedischen Reichstag etablierte Partei. Insgesamt bedeutet dies, dass das linke Lager in der schwedischen Politik pluralistischer ist als früher. Grüner natürlich,

und, wenn man so will, weniger ausgeprägt sozialistisch. Die Sozialdemokraten haben darüber hinaus ihr Parteiprogramm umgeschrieben und manche sozialistische Formulierungen abgemildert. Die Linkspartei hat sich vom Kommunismus verabschiedet, sowohl im Programm als auch im Namen.

Doch ist zu beachten, dass es ab den Wahlen 1994, als die Sozialdemokraten bis zur Wahl 2006 regierten, eine starke Linksdominanz bei der Wählerschaft gab:

	S	V+ MP	Linke	Konserv.	Diff.
1994-2002	40,53	13,56	54,07	43,1	+10,97

Im Durchschnitt über diese drei Wahlen gesehen, beträgt der Unterschied sogar 11 Prozent. Die Bürgerlichen waren folglich bei diesen drei Wahlen nie in der Nähe einer Regierungsmacht. 1994 lag der Unterschied bei ganzen 14,6 Prozentpunkten, 1998 bei 8,5 Prozentpunkten und 2002 bei 8,9 Prozentpunkten.

Die Wahl 2006 brachte zwar eine konservative Mehrheit, doch war das Übergewicht nicht so überwältigend im Vergleich zu den Wahlergebnissen für die Linken und Grünen bei den Wahlen 1994, 1998 und 2002.

	S	V+ MP	Linke	Konserv.	Diff.
2006	34,99	11,04	6,14	8,2	-2,1

Gute zwei Prozentpunkte brachten selbstverständlich keine besonders stabile Mehrheit, insbesondere angesichts der Tatsache, dass eine neue Regierung historisch gesehen in den Wahlen nach einem Wahlsieg im Schnitt zwei bis drei Prozentpunkte verlor. Doch sollte die bürgerliche Regierung bei den Wahlen 2010 ihren Vorsprung auf die Grünen sogar noch erhöhen. Die nach den Wahlen 2006 angetretene konservative Regierung ging sehr offensiv vor. Sie wurde aufgrund einer Rhetorik gewählt, die von einer sehr gemäßigten bürgerlichen Politik sprach und sozialdemokratisch gefärbte Worte wie »schwedisches Modell«, »Arbeitslinie« und Begriffe mit Linksdimension wie »Ausgrenzung« verwendete.

Eine mögliche Interpretation wäre, dass die Wahlen 2006 in Schweden einen Rückgang zu einer härteren Blockpolitik und einer ziemlich ausgeglichenen Situation zwischen beiden Lagern brachten, was kennzeichnend war für die schwedische Politik der 1950er und 1970er Jahre. In der Legislaturperiode 2006 – 2010 schlug das

Pendel zunächst stark zugunsten der Opposition und insbesondere der Sozialdemokraten aus. Nach der Finanzkrise 2008 und der Bildung der rot-grünen Zusammenarbeit konnte die konservative Regierung einen Teil dieses Rückstands wieder aufholen. Zu Beginn des Frühjahrs 2010 schwenkte das Pendel erneut zurück zu Rot-grün. Im Frühjahr und Sommer sah es laut Meinungsumfragen zwischen den Blöcken sehr ausgewogen aus, in der Schlussphase des Wahlkampfes deuten mehrere Umfrageergebnisse ein Übergewicht der bürgerlichen Allianz gegenüber dem rot-grünen Bündnis an. Dies stimmte ziemlich genau mit dem Wahlergebnis überein, das der bürgerlichen Allianz 2010 den Sieg einbrachte.

4. Von Göran Persson zu den neuen Moderaten

Die neuen Moderaten sind ein politisches Konzept, das eine Orientierung der Bürgerlichen zur Mitte hin beinhaltet, zumindest rhetorisch gesehen. Oder es vermittelt den Eindruck, in der Mitte zu stehen. Wir sehen die gleiche Entwicklung in mehreren europäischen Parteien. Die britischen Tories wurden von den Moderaten in Schweden inspiriert.

Die sozialdemokratische Wahlniederlage 2006 nach 12 Jahren sozialdemokratischer Regierung und zehn Jahren mit Göran Persson als Ministerpräsidenten stellte das Ende einer Epoche dar. Die Sozialdemokraten waren 1994 in einer schweren Wirtschaftskrise in Schweden wieder an die Macht zurückgekehrt. Göran Persson gelang es zunächst als Finanzminister und später als Ministerpräsident, gestärkt aus der Krise hervorzugehen und für Ordnung in den schwedischen Finanzen zu sorgen. Vor den Wahlen 2006 war das Fazit der Sozialdemokraten deshalb allgemein sehr gut. Die Finanzen waren gesund. Die Arbeitslosigkeit war nicht niedrig genug, aber auch nicht hoch, gemessen am europäischen Maßstab. Trotzdem verlor man die Wahlen.

In der Wahlanalyse der Sozialdemokraten nach der Wahl 2006 wurde behauptet, es handelte sich um das mangelnde Vertrauen der Wähler in die Fähigkeit der Sozialdemokratie, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die Sozialdemokratie hätte »vergessen« in Opposition zu gehen und eine Gesellschaftskritik aufrechtzuerhalten und die Bürgerlichen hätten Einigkeit gezeigt wie nie zuvor. Des Weiteren wurde gesagt, dass die Sozialdemokratie Probleme mit dem eigenen Bild hätte,

eine Spaltung zwischen der Rolle der Partei, die »auf der Seite der Schwachen« steht und der »Partei der behördlichen Macht« mit Vertretern, die nicht zuhören und nicht so »leben wie sie es anderen vorgeben«. Die Sozialdemokratie behielt ihre Stellung bei den LO-Gruppen, erlitt jedoch starke Verluste bei den Angestellten und der Mittelschicht. Außerdem setzte der Rückgang der Sozialdemokratie in den Großstädten fort, wo die Mittelschicht größer ist und die Grundsteuer viele Wähler dazu brachte, dem bürgerlichen Lager ihre Stimme zu geben. Bei der Wahl 2006 verloren die Sozialdemokraten ferner Wähler unter den jungen und älteren Wählergruppen.

Die Moderaten hatten bei der Wahl 2002 hoch verloren. Damals konnten Göran Persson und die Sozialdemokraten 40 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen. Gut ein Jahr später wurde Fredrik Reinfeldt neuer Parteivorsitzender der Moderaten. Mit ihm kam ein neuer Typ des Vorsitzenden an die Spitze der Konservativen. Früher war es immer ein Prinzip der Moderaten, den konservativen Flügel der schwedischen Politik abzudecken, auch nachdem die Partei in den 1970er Jahren die größte bürgerliche Partei wurde und 1991 den Ministerpräsidenten stellte. Fredrik Reinfeldt versuchte hingegen bewusst, sich zur Mitte hin zu bewegen und sich von bestimmten moderaten Dogmen zu distanzieren.

Die Moderaten haben also eine ähnliche Wandlung durchgemacht wie »New Labour«, jedoch nicht so tiefgreifend und grundlegend wie die Labour-Partei. Aber der Ausdruck »neue Moderaten« sagt einiges aus über die Inspirationsquelle. Die Moderaten begannen auch, sich selbst als die neue Arbeiterpartei zu bezeichnen und das schwedische Modell und die Wohlfahrt zu loben. Die Moderaten distanzieren sich ferner von den radikalsten Steuersenkungsforderungen und begannen die früher sehr stark kritisierten Gewerkschaften und das schwedische Arbeitsrecht zu rühmen. Die Moderaten sind eine liberal-konservative Partei, haben jedoch ihre neoliberalen Dogmen abgeschwächt und sind in mancher Hinsicht etwas konservativer geworden. Man kann sagen, dass die Moderaten versuchen, eine eher reformistische bürgerliche Politik zu führen und schrittweise das sozialdemokratische schwedische Modell zu verändern mit dem Ziel, die Mitte und ehemaliges sozialdemokratisches Terrain zu erobern.

Diese gesamte Positionsveränderung machte 2006 den Wahlkampf schwierig für die Sozialdemokraten. Von einer festgelegten konservativen Position hatten sich die Moderaten nun in eine beweglichere Zielscheibe verwandelt, die einfach schwieriger zu attackieren war. Gleichzeitig orientierten sich die alten Parteien der Mitte, Zentrumspartei und Liberale, nach rechts. Die Zentrumspartei hat manche neoliberalen Kernfragen übernommen. Und die Liberalen führen heute eine immer mehr auf Forderungen basierende liberale Politik wie »Ruhe und Ordnung in der Schule« und mit Vorschlägen für Sprachtests beim Erwerb der schwedischen Staatsangehörigkeit. In gewisser Weise haben sich die Liberalen heute eher in eine rechtsliberale Partei verwandelt. Diese Veränderungen im bürgerlichen Lager haben die politische Arena verändert. Früher waren die Moderaten ein konservatives Gespenst am rechten Rand und die Parteien der Mitte für die Sozialdemokraten mögliche Kooperationspartner bei bestimmten Themen. Die Bürgerlichkeit bewegt sich zur Mitte und nach rechts und versucht, eine gewisse Fremdenfeindlichkeit mit symbolischen Forderungen nach sprachlichen Auflagen und ähnlichem aufzufangen. Man kann sagen, dass die sozialdemokratische Bewegung zur Mitte hin nach dem Fall der Mauer diese Veränderungen auf der bürgerlichen Seite erzwungen hat, New Labour war das am weitesten gehende Beispiel hierfür. Und die Sozialdemokratie hat noch keine Formel gefunden, um diese neue bürgerliche Strategie wirklich herauszufordern, weder in Schweden noch in mehreren anderen europäischen Ländern.

Die bürgerliche Strategie von heute ist auch komplexer als früher. Sie geht von einer im Grunde konservativen Politik aus, verwendet jedoch sozialdemokratisch gefärbte Wertebegriffe, während gleichzeitig der Inhalt dieser Begriffe in eine eher bürgerliche Richtung umformuliert wird. Und wenn man den Inhalt der Politik prüft, ist sie radikaler als die Rhetorik es anzudeuten vermag. Die Moderaten traten mit bescheidenen Steuersenkungen zur Wahl an, doch tatsächlich sind aus den letzten Jahren vier Jahre mit ständigen Steuersenkungen von insgesamt 100 Milliarden geworden. Fast genauso viel wie es die »alten« Moderaten gefordert hatten.

Vor allem hat die Umstellung der Arbeitsmarktpolitik große Wirkung gezeigt. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wurden erhöht, die Leistungsniveaus gleichzeitig gesenkt. All dies hat dazu geführt, dass

nahezu eine halbe Million Menschen die Arbeitslosenversicherung verlassen haben und die Gewerkschaften einen erheblichen Mitgliederschwund erfahren mussten. Insbesondere gilt dies für die Mitglieder und Branchen mit niedrigen Löhnen und hoher Arbeitslosigkeit. Die Regierung kürzte nämlich auch den bis dahin zwischen den einzelnen Arbeitslosenversicherungen vorhandenen Ausgleich, was bedeutet, dass bei höherer Arbeitslosigkeit auch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung höher ausfallen, was vor allem von der Stellung am jeweiligen Arbeitsplatz abhängig ist. LO-Mitglieder zahlen folglich erheblich höhere Beiträge ein als Akademiker und Angestellte, man kann dies auch als eine Frage der umgekehrten Verteilungspolitik sehen. Darüber hinaus haben die Gewerkschaften innerhalb von vier Jahren zehn Prozent ihrer Mitglieder verloren.

Das »Gentsystem« bedeutet, dass es einen Zusammenhang zwischen Gewerkschaften und Arbeitslosenversicherung gibt. In Ländern mit dieser Konstruktion ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad höher als in anderen Ländern. Die Änderungen in der Arbeitsmarktpolitik haben die Bedingungen für die Gewerkschaftsbewegung in Schweden verändert. Manche bürgerlichen Parteien wollen nun die Arbeitslosenversicherung verstaatlichen. Das würde vermutlich die Möglichkeiten der Gewerkschaftsverbände weiter schwächen.

Der Politik liegt jedoch eine finanzpolitische Philosophie zu Grunde, die von der Senkung der niedrigsten Löhne handelt. Dieser Druck wird u.a. mit der Kürzung des Arbeitslosengelds ausgeübt. Es wird dann von den Menschen erwartet, nach einer Zeit der Arbeitslosigkeit eine Arbeit mit einem niedrigeren Lohn als früher nehmen zu können. Mit einem niedrigeren gewerkschaftlichen Organisationsgrad wird es auch schwieriger, in manchen Branchen Tarifverträge und Mindestlöhne aufrechtzuerhalten.

Der zurückgetretene ehemalige Arbeitsmarktminister Sven Otto Littorin bestätigt auch, dass das Ziel der Reformen die Herabsetzung der Löhne war, als er in einem Buch die alte Ordnung kritisierte, da »Tarifverträge bezüglich der Löhne und anderer Anstellungsleistungen ungeachtet der Tatsache geschlossen werden konnten, dass die Arbeitslosigkeit im eigenen Kollektiv steigen könnte«.

Es ist, wenn man so will, eine vor-Keynes'sche Sichtweise des Arbeitsmarkts, die davon handelt, allgemein die Lohnforderungen zu dämpfen und die niedrigsten Löhne unter Druck zu setzen. Es spielt sich also ein Kampf um das schwedische Modell ab, wobei es vorrangig um die Sichtweise des Arbeitsmarkts geht, oder auch darum, ob das schwedische Modell im Arbeitsleben bürgerlicher oder sozialdemokratisch gefärbt sein soll.

5. Bildung der rot-grünen Alternative

Die Wahl 2006 war in gewisser Weise eine Wahl für oder gegen Göran Persson. Göran Persson kündigte seinen Rücktritt bereits in der Wahlnacht an. Mona Sahlin wurde im Frühjahr 2007 zur neuen Parteivorsitzenden gewählt. Sie gab deutlich zum Ausdruck, die Partei auf eine andere Weise als ihr Vorgänger führen zu wollen. Der gesamte Prozess, der zur Wahl der Parteivorsitzenden führte, zeigte zum Teil eine neue Verhaltensweise gegenüber der internen Parteidemokratie. Man kann dies durchaus als das bisher offenste Wahlverfahren der Sozialdemokraten bezeichnen, bei dem die örtlichen Parteiorganisationen auf eine völlig andere Weise als früher eingebunden waren. Der zentrale Nominierungsausschuss befragte die möglichen Kandidaten. Bald stellte sich heraus, dass Mona Sahlin die breiteste Unterstützung von allen noch verbliebenen Kandidaten genoss. Und die Tatsache, dass nun eine Frau den Parteivorsitz der Sozialdemokraten innehat, ist an sich schon eine große politische Veränderung.

Mona Sahlin gab deutlich zum Ausdruck, dass sie eine offenere Partei sehen möchte und die Partei für ihre »liebvollen Kritiker« ein offenes Ohr haben sollte. Mona Sahlin wollte anfangs nicht auf alle politischen Fragen eine Antwort geben. Sie meinte, die Partei brauche Zeit, um die Stärke wiederzuerlangen und müsse sich nach 12 Jahren an der Regierung und einem schweren Wahlverlust erholen, um dann eine neue Ausrichtung zu finden. In manchen Fragen war sie jedoch sehr deutlich. Vor allem stellte sie frühzeitig die Kabinetfrage bei einer Veränderung der Schulpolitik, was dazu führte, dass die Partei eine frühere Notengebung der Schüler akzeptierte.

Sie initiierte auch parteiinterne Beratungen in einigen zentralen politischen Bereichen und ermunterte Debatten und Vorschläge seitens der örtlichen Parteiorganisationen. Das Ergebnis war gemischt. Die

Beratungen ergaben nicht so viele neue Ideen und die Themen der Beratungsgruppen waren auch ziemlich allgemein gehalten. Mona Sahlin erhielt ferner Kritik, weil sie nicht früher eine Zukunftsstrategie aufgezeigt hatte. Man meinte, dass dies zu einem Vakuum in der Partei führte und eine Unsicherheit darüber schuf, wofür die Partei eigentlich steht.

Der ordentliche Parteitag 2009 wurde jedoch für Mona Sahlin ein großer Erfolg. Nun legte die Partei die Politik fest. Die Beschlüsse stützten Mona Sahlin in allen wichtigen Fragen und sie ging gestärkt aus dem Parteitag hervor. Eine große Mehrheit stützte sie in allen wesentlichen politischen Bereichen. Es war kein konfrontativer Parteitag. Vielleicht war dies vor allem ein Erfolg für Mona Sahlin; sie hatte der Partei ziemlich gut zugehört. Der offene Prozess hatte einen eher überlegten Ansatz und markierte einen kulturellen Wandel in der schwedischen Sozialdemokratie, die bekannt war für ihre zentralistischen Tendenzen.

Mona Sahlin kündigte auch frühzeitig an, den Wahlkampf 2010 anders zu gestalten als 2006. Die Allianz der Bürgerlichen zwang die Sozialdemokraten zu reagieren. Dies hat ihre Parteiführung geprägt, sie hat sukzessiv ein tieferes Bündnis zunächst mit den Grünen und später auch mit der Linkspartei geformt. Dies wurde zu einer Selbstverständlichkeit.

Vor der Wahl 2006 waren die Sozialdemokraten angetreten, eine sozialdemokratische Regierung zu bilden. Doch alle wussten, dass es eine Koalition werden würde (hätte Rot-grün gewonnen), da vor allem die Grünen und auch die Linkspartei Ministerposten forderten, um die Sozialdemokraten zu unterstützen. Und es gab bereits zwischen 1998 und 2006 eine formalisierte Zusammenarbeit dieser drei Parteien.

Die Bildung dieser Zusammenarbeit war kein leichtes Unterfangen. Es bestand – und besteht – ein Misstrauen seitens der Sozialdemokratie, diesen Schritt zu ergreifen. Ein Teil der Partei, insbesondere die Industriegewerkschaften und Parteibeiräte der alten Industriegürtel, sind den Grünen gegenüber sehr skeptisch eingestellt. Andere Teile der Partei hegen großes Misstrauen gegenüber der Linkspartei, da die schwedische Sozialdemokratie immer deutlich antikommunistisch gewesen ist.

Es war einfacher, eine Zusammenarbeit mit den Grünen zu bilden, die den Sozialdemokraten in vielen wirtschaftspolitischen Fragen stehen ziemlich nahe stehen. Sie konkurrieren nicht mit den traditionellen Wählern und Werten der Sozialdemokraten, hingegen konnten die Grünen viele Wähler der Mittelschicht in den Großstädten für sich gewinnen, wobei ein Teil dieser Wähler früher den Sozialdemokraten ihre Stimme gegeben hatte. Die Grünen sind heute eher Realos und weniger Fundis. Sie haben die Forderung nach einem Austritt aus der EU gestrichen. Auf kommunalpolitischer Ebene haben sie verantwortungsvoll agiert und vor allem mit den Sozialdemokraten und der Linkspartei zusammengearbeitet, aber auch mit konservativen Parteien. Die Grünen sind in gewisser Hinsicht eine Partei der Mitte, jedoch kulturell nicht dem rechten Flügel zugetan, selbst wenn führende Vertreter der Partei deutlich von der Linkspartei Abstand nehmen. Doch nun sind die Grünen ein Bündnis mit dem linken Block eingegangen. Und die Grünen haben bisher am meisten von der rot-grünen Zusammenarbeit profitiert.

Bei den Linken sieht es anders aus. Zum einen ist die Linkspartei eine Abspaltung der Sozialdemokratie. Es gab eine starke Konkurrenzsituation zwischen Sozialdemokraten und Linkspartei (ehem. Linkspartei Kommunisten, VPK), während beide Parteien kulturell gesehen mehr Gemeinsamkeiten haben. Im Laufe der Jahre gab es viele Parteiwechsel in beide Richtungen. Ylva Johansson, Mitglied der sozialdemokratischen Parteiführung, begann ihre Laufbahn als Reichstagsabgeordnete für die VPK. Eines der Mitglieder der Fraktion der Linken im Europäischen Parlament war früher Sozialdemokrat. Dies sind nur zwei Beispiele von vielen.

Für die Linkspartei war es auch schwieriger als für die Grünen, die Zusammenarbeit einzuleiten. Die Partei ist nicht sehr mit der Kultur des Kompromisseschließens vertraut. Sie ist traditionell eine Anti-Establishment-Partei und befand sich während des kalten Kriegs in einer Art politischen »Ausgrenzung«. Dies hat die Identität der Partei geformt. Die Linkspartei ist auch die kleinste Partei in dieser Zusammenarbeit und musste als Partei die meisten Kompromisse innerhalb des rot-grünen Bündnisses eingehen. Auch wenn es sich um eine alte Partei mit 90 Jahren parlamentarischer Erfahrung handelt, ist die Partei nie an einer Regierung beteiligt gewesen. Die Entsprechung der Linkspartei in Norwegen, Sosialistisk venstre (sozialistische Linke), hat während der Regierungszusammenarbeit mit den

Sozialdemokraten und der norwegischen Senterpartiet (Zentrumspartei) viele Wähler verloren.

Nach einer gewissen Turbulenz im Herbst 2008 kam schließlich ein rot-grünes Bündnis mit der Linkspartei zu Stande. Zunächst erklärten sich die Sozialdemokraten und Grünen bereit, ohne Beteiligung der Linken zusammenzuarbeiten. Dies stieß auf interne Kritik innerhalb der Sozialdemokratie hervor und Mona Sahlin nahm die Linkspartei mit ins Boot. Die Linkspartei akzeptierte einige finanzpolitische Grundsätze, die sie früher nicht getragen hatte. Gleichzeitig begann die Unterstützung der Sozialdemokraten in den Meinungsumfragen zurückzugehen. Zuvor hatten die Rot-grünen einen großen Vorsprung. Die Zusammenarbeit war keineswegs ein unmittelbarer Erfolg.

Die schwedischen Bündnisse auf beiden Seiten zeigen ein Paradox auf. Wir haben mehrere Parteien und eine stärkere Stimmenaufsplitterung und mehr Flexibilität bei der Wählerschaft. Doch gleichzeitig steigt die Nachfrage nach Antworten bei der Regierungsfrage. Wir haben dies in Norwegen gesehen, als eine rot-grüne Regierung in einem Vakuum auf der konservativen Seite antrat. Umgekehrt gewann die bürgerliche Allianz 2006 in Schweden. Das gleiche Muster können wir in anderen europäischen Ländern erkennen. Wir sehen ein Heranwachsen loser, jedenfalls nicht fester Konstellationen, was auch einen härteren Konflikt zwischen beiden Lagern wie nun in der schwedischen Politik bedeutet.

Dies ist auch ein Teil der Strategie Reinfeldts, um die sozialdemokratische Hegemonie herauszufordern. Durch die Allianz im konservativen Lager sollen nun die Moderaten die staatstragende Partei werden. Schwedens politisches System ähnelt so dem englischen Parlamentarismus. Dies bedeutet auch, dass eine schwedische Zusammenarbeitstradition, vor allem im Reichstag, aufgebrochen wird. Schweden war in vielerlei Hinsicht von Konsens geprägt und ein Modell mit starken korporativen Zügen.

Bengt KÅ Johansson, ehemaliger sozialdemokratischer Minister, behauptete: »Dies wird normalerweise das ‚schwedische Modell‘ genannt. Unterschiedliche Meinungen werden angehört, um dann mittels Kompromissen und Vereinbarungen zu gut verankerten Beschlüssen zu führen«. Doch die Wirtschaft hat sich seit langem von dieser Art des Einvernehmens in staatlichen Gremien verabschiedet, wie es früher Teil

des schwedischen Modells war. Auch der Wirtschaftsverband »Svenskt Näringsliv« ist stark neoliberal geprägt. Nun wird auch die parlamentarische schwedische Politik konfrontativer, wenn zwei feste Blöcke einander gegenüber stehen.

Die politische Frage lautet, ob die Rot-grünen im Allgemeinen und die Sozialdemokraten im Besonderen eine Strategie haben, die über vier Jahre hinaus halten wird, ob sie über ein Wirtschaftsmodell nach der Finanzkrise, eine Politik zur Bewältigung des Klimawandels und eine Strategie für die zukünftige Entwicklung der Wohlfahrt verfügen.

6. Land der Möglichkeiten

Die Identität der Sozialdemokratie in Schweden ist in hohem Grad mit der Entwicklung des Wohlfahrtsstaats verbunden. Doch in den letzten Jahrzehnten ist das schwedische Steuerniveau zurückgegangen, selbst wenn es nach wie vor auf einem hohen skandinavischen Niveau liegt. Auch der öffentliche Sektor hat sich verändert. Die frühere planmäßige Ordnung musste auch im öffentlichen Sektor Marktmodellen weichen. In den 1970er Jahren lancierten LO und Sozialdemokraten die Arbeitnehmerfonds zur Verwirklichung der Demokratie in der Wirtschaft. Dieser Ansatz hatte jedoch keinen Erfolg, auch wenn eine Reihe von arbeitsrechtlichen Bestimmungen aus der Zeit mit einer starken Stellung der Arbeitnehmer im Arbeitsleben noch Bestand haben.

Genau wie viele andere sozialdemokratische Parteien in Europa machte die Sozialdemokratie nach dem Fall der Mauer eine programmatische Verwandlung durch. Auf dem Parteitag 2001 wurde das Parteiprogramm neu formuliert und eine einleitende Formulierung, wonach »das Bestimmungsrecht über die Produktion und ihre Verteilung voll und ganz in die Hände des gesamten Volkes« gelegt werde, war verschwunden, auch wenn das Programm weiter von einer Wirtschaftsdemokratie spricht und davon, dass die Ideale der Demokratie für die gesamte Gesellschaft gelten sollen.

Wie profilierte sich die Sozialdemokratie vor den Wahlen 2010? Mona Sahlin gab im Wahlkampf das Buch »Land der Möglichkeiten – meine Vision für Schweden« heraus, in dem sie ihre Politik und die der Sozialdemokraten umfassend darlegte. Das Buch geht in vielem von den klassischen sozialdemokratischen Werten aus. Sie trat in ihrem Buch für eine moderne

Arbeitsmarktpolitik in einer globalisierten Wirtschaft ein. Und betonte, dass die Sozialdemokraten verantwortungsvoll mit den Staatsfinanzen umgehen und keine großen Haushaltsdefizite zulassen werden. Sie nennt die gemeinsame Sicherheit als Ausgangspunkt für die internationalen Beziehungen Schwedens. Es gibt »grüne« Züge im Buch, beispielsweise wie die Sozialdemokraten mit der Klimaproblematik umgehen und die Abhängigkeit vom Erdöl durch eine umweltbewusste Politik ersetzen wollen.

Mona Sahlin meinte auch, die dänische Sozialdemokratie hätte die rechtspopulistischen Kräfte der Politik nicht deutlich genug in ihre Schranken verwiesen. Sie hob auch deutlich hervor, dass sie sich nie von der fremdenfeindlichen und rechtspopulistischen Partei, den Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna) abhängig machen möchte.

Was die Wohlfahrtspolitik anbelangt, trat sie stark für das sozialdemokratische Modell ein, selbst wenn sie keine Rückkehr zu alten Steuerungsmodellen oder die Abschaffung der Notengebungen in der Schule vorschlug: »In unserer Partei müssen wir aufhören damit, Ausübungsformen und Notengebungen zu dividieren«. Sie war gegen Steuersenkungen, wollte jedoch nach den Steuersenkungen der Konservativen in den letzten vier Jahren keine größere »Wiederherstellung alter Verhältnisse« vornehmen.

Der Titel des Buchs spielt auf die soziale Mobilität und Aufstiegsmöglichkeit an. Dieses Thema führt das Buch ein: »Ich bin überzeugt, dass es klug ist, wenn wir uns als Individuen auf gemeinsame Lösungen der Gesellschaftsprobleme einigen können, damit keiner an seiner Entfaltung gehindert wird. Denn so erhalten alle und nicht nur einige wenige eine Lebenschance. Und der Nutzen des Einzelnen wird auch zum Nutzen der Gemeinschaft. Eine Gesellschaft, geformt von vielen freien und gleichen Individuen ist eine stärkere Gesellschaft. Das ist, was ich die Idee einer Gesellschaft der Möglichkeiten nenne. Das ist, was ich die Idee eines Landes der Möglichkeiten nenne, eine Formulierung, die ich erstmals im Zusammenhang mit unserem Arbeitskongress im Herbst 2009 anzuwenden begann«.

Die Überlegung knüpft an einen starken Zug der Sozialdemokratie an. Im Wahlkampf 1948 hatte der sozialdemokratische Jugendbund ein Wahlplakat mit einem Arbeiterjungen und der Parole: »Arm, doch begabt«. Dies war in der Zeit der großen schwedischen

Schulreform. Mona Sahlin verweist in »Land der Möglichkeiten« auf zwei Bücher zum Thema Gleichheit und soziale Mobilität.

Das erste Buch ist Daniel Linds »Zwischen Traum und Wirklichkeit. Freiheit und Lebenschancen im Schweden der Zukunft«, das aufzeigt, dass soziale Mobilität in Ländern mit geringen Einkommensunterschieden, hohen Steuern, gut ausgebautem öffentlichen Sektor und einem großzügigen Transfersystem am größten ist, während die soziale Mobilität in den marktliberalen Ländern mit großen Einkommensunterschieden und starken wirtschaftlichen Anreizen am niedrigsten ausfällt. Mona Sahlin setzte sich folglich für soziale Mobilität und Gleichheit ein und stellt die beiden Begriffe nicht gegeneinander.

Das zweite Buch, auf das Mona Sahlin verweist, ist von Wilkinson & Pickett, »Gleichheit ist Glück«, und führte in Schweden zu vielen Diskussionen. Das Buch zeigt auf, dass Gleichheit in vielerlei Hinsicht eine bessere Gesellschaft und bessere Lebensbedingungen für alle schafft. Sie stützt somit eine sozialdemokratische Wohlfahrtspolitik. Der LO-Bezirk in Stockholm hat vor der Wahl ein Pamphlet zu diesem Buch verfasst: »Ungleichheit hat gravierende Folgen für dich, deine Kinder und das Land, in dem du lebst«.

Mona Sahlin versuchte zu vermeiden, mit großen Steuererhöhungen in den Wahlkampf zu gehen und gleichzeitig die Unterschiede zwischen beiden Lagern deutlicher herauszustellen:

»Für mich ist es selbstverständlich einfach, schnell entscheidende Unterschiede zu finden, die in der diesjährigen Wahl auf dem Spiel stehen. Zum Beispiel: Wollen wir mehr Arbeitsplätze – oder eine größere Kluft? Die bürgerlichen Regierungsparteien wollen weiterhin Geld für Steuersenkungen leihen, obwohl die Politik der Arbeitsplatzbeschaffung kapital gescheitert ist. Wir Rot-grünen sind darin einig, dass die Arbeitsplätze wieder an erster Stelle stehen müssen – und haben konkrete Vorschläge für 100 000 neue Arbeitsplätze, Praktika und Ausbildungsplätze.«

Mit ihrem Buch und im Wahlkampf traten die Sozialdemokraten mit einer wohl bekannten sozialdemokratischen Argumentation für Wohlfahrt, Gleichheit und Gerechtigkeit zur Wahl an. Mona Sahlin suchte ein Mandat für eine Politik für mehr Gleichstellung zwischen den Geschlechtern und einer

Umverteilung zwischen den Generationen – und zwischen Reichen und Armen, Kranken und Gesunden, Arbeitslosen und denjenigen, die eine Arbeit haben.

7. Zwischen Stadt und Land

Schweden ist wahlsoziologisch ein gespaltenes Land. Das deutlichste Muster hierfür zeigt, dass die Sozialdemokratie in den Industrieregionen außerhalb der Großstädte am stärksten ist. Dies sind Gebiete in Schweden, die bevölkerungsmäßig schrumpfen. Die Stellung der Sozialdemokratie in den Großstädten ist schwach.

Zu diesem Problem kommt die Frage der Gefolgschaft der Sozialdemokratie in der Arbeiterklasse und Mittelschicht. Die Sozialdemokratie in Schweden genießt eine breite Unterstützung bei den LO-Mitgliedern, die stärker ist als in vielen anderen europäischen Ländern, auch wenn die Unterstützung im Laufe der Jahre nachgelassen hat und die Mobilisierung und Wahlbeteiligung in Wohnvierteln mit niedrigeren Einkommen geringer ausfallen als in Wohngebieten mit höherem Einkommen. Gleichzeitig haben die Sozialdemokraten in den Wahlen 2006 vor allem bei den Angestellten und Akademikern an Unterstützung verloren, also in der Mittelschicht. Die Sozialdemokratie verliert folglich Wähler an zwei Fronten. Die Unterstützung der Sozialdemokratie bei den LO-Mitgliedern ist geringer als vor 30 Jahren, auch wenn sie nach den niedrigen Zahlen im Zuge des Krisenmanagements in den 1990er Jahre wieder zugenommen hat. Bemerkenswert hierbei ist die Tatsache, dass die rechtspopulistischen Schwedendemokraten bisher keinen wirklich großen Durchbruch in der Arbeiterklasse erzielt haben. Bei den Wahlen 2006 gaben vier Prozent der LO-Mitglieder den Schwedendemokraten ihre Stimme im Vergleich zu drei Prozent in der gesamten Wählerschaft. Die Umfragen zu den Wahlen 2010 deuteten einen erheblichen Anstieg an. Und bei den Reichstagswahlen konnten die Schwedendemokraten ihren Wähleranteil fast verdoppeln.

Dieses Dilemma schafft eine Spannung innerhalb der Sozialdemokratie zwischen den Befürwortern einer Rückgewinnung von Wählern aus der Mittelschicht und denjenigen, die vor allem den Mobilisierungsbedarf bei den sozialdemokratischen Wählern in der Gruppe der Niedrigverdiener und der Arbeiterklasse sehen. Diese Diskussion hat selbstverständlich auch Folgen für die

von den Sozialdemokraten zu führende Politik. Historisch gesehen hat es die Sozialdemokratie allerdings verstanden, sowohl in der Arbeiterklasse als auch bei den Angestellten der Mittelschicht Unterstützung zu finden. Das gesamte schwedische Wohlfahrtsmodell hat bei der Bildung eines Bündnisses zwischen Mittelschicht und Arbeiterklasse mitgewirkt.

Bereits vor dem eigentlichen Wahlkampf 2010 stand fest, dass es den Sozialdemokraten schwer fallen würde, besonders viele Wähler aus der Mittelschicht zurückzugewinnen. Die Grünen kompensierten dies teilweise dadurch, dass man vor allem in den Großstädten und bei der Mittelschicht viel Zulauf erhielt. Deshalb suchten die Sozialdemokraten eine Zuspitzung des Konflikts im eigentlichen Wahlkampf und wollten sozialdemokratische Wähler mobilisieren, die unsicher waren oder gar nicht zur Wahl gehen wollten.

Die schwache Stellung der Sozialdemokratie in den Großstädten ist kein neues Phänomen. In Stockholm sind die Moderaten schon lange die eindeutig stärkste Partei. 2006 erhielten alle 50 Kommunen in Stockholm eine bürgerliche Mehrheit. In einer von den Sozialdemokraten in Stockholm nach den Europawahlen 2009 (bei dem die Sozialdemokraten in den Großstädten besonders schlecht abschnitten) durchgeführten Wahlanalyse wurde festgestellt, dass die Sozialdemokratie bei den Angestellten mit mittleren und hohen Einkommen Wähler verloren haben. Doch hat die Partei auch eine immer schwächere Stellung in den Vororten und Wohngebieten mit niedrigem Einkommen. Besonders problematisch ist die sehr geringe Wahlbeteiligung in diesen Wohngebieten.

Das Großstadtproblem der Sozialdemokratie ist seit Jahrzehnten bekannt. Es ist auch nicht nur ein Stockholmer Problem, sondern es zeichnen sich ähnliche Muster beispielsweise in Göteborg und Malmö ab. Hier sei jedoch daran erinnert, dass die Großstädte in Schweden nie die stärksten Festungen der Sozialdemokratie gewesen sind, wie es in vielen anderen europäischen Ländern der Fall ist. Dies hängt mit der regionalen Struktur der schwedischen Industrie zusammen, bei der kleinere Fabrikstandorte im Land die Grundlage ausmachten. Im Industriegürtel mit kleineren und mittelgroßen Städten war die Arbeiterbewegung sehr stark und hatte vielerorts eine dominierende Stellung in der Gesellschaft.

Bereits vor vierzig Jahren schrieben Jan Lindhagen und Macke Nilsson im Buch »Bedrohung der Arbeiterbewegung« (1970) von dem früher starken Gürtel der Sozialdemokratie in kleineren, von der Industrie geprägten Orten und Städten, die jetzt von Strukturwandel und Abwanderung betroffen sind. Es waren also Orte mit Bevölkerungsrückgang. Die Großstädte hatten und haben einen großen Zustrom. Aber dort waren die Organisationen der Arbeiterbewegung nicht genauso stark und dominant.

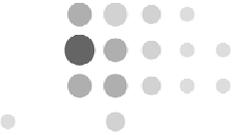
8. Das Wahlergebnis 2010

Die Wahlen vom 19. September wurden also eine große Enttäuschung für das rot-grüne Bündnis im Allgemeinen und für die Sozialdemokratie im Besonderen. Die bürgerliche Allianz bleibt für weitere vier Jahre an der Macht. Für die Sozialdemokraten wurde die Wahl mit 30,66 Prozent der Stimmen zum historischen Tiefpunkt. Die Moderaten konnten weiter zulegen und haben nun einen Stimmanteil von 30,06 Prozent. In der Praxis sind also Sozialdemokraten und Moderate gleich stark. Außerdem zog die fremdenfeindliche und rechtspopulistische Partei Schwedendemokraten in den schwedischen Reichstag ein. Sowohl die Sozialdemokraten wie auch Rot-grün verlieren an Stärke im Vergleich zu den Wahlen 2006.

Wahlergebnis	2010	(2006)
Bürgerliche Allianz:		
Moderate	30,6	(26,3)
Zentrumspartei	6,56	(7,88)
Liberale	7,06	(7,54)
Christdemokraten	5,60	(6,59)
Schwedendemokraten	5,70	(2,93)
Rot-grün:		
Sozialdemokraten	30,66	(34,99)
Linkspartei	5,60	(5,85)
Grüne	7,34	(5,24)

Das Wahlergebnis wirft natürlich eine Vielzahl zentraler Fragen auf und stellt die Sozialdemokratie vor eine schwierige Wahl für die Zukunft. Wir werden bei allen drei Parteien des rot-grünen Bündnisses so einen Prozess sehen.

Die rot-grüne Zusammenarbeit erwies sich nicht als unmittelbares Erfolgsrezept. Die Linkspartei erlitt Verluste. Doch vor allem die Sozialdemokraten verloren viele Wähler. Die Grünen konnten hingegen einen Stimmenzuwachs verzeichnen und profitierten am meisten von der Zusammenarbeit.



In der Sozialdemokratie herrscht Skepsis über die rot-grüne Zusammenarbeit. Vor der Wahl unterstützte die Partei das Bündnis. Ein Teil der Partei ist den Grünen gegenüber skeptisch eingestellt, während andere sich vor allem gegen das Bündnis mit den Linken wenden. Untersuchungen zeigen auch auf, dass die Rot-grünen, die Grünen und vor allem die Sozialdemokraten Stimmen verloren, weil sie sich mit der Linkspartei zusammaten. Als Argument wurde angeführt, dass sich die Partei nicht völlig vom Kommunismus verabschiedet hätte und die Sozialdemokratie von ihrer alten antikommunistischen Tradition abgekommen wäre. Eine Gruppe Wähler ist deutlich gegen die Linkspartei.

Die rot-grüne Zusammenarbeit ist eine Schlüsselfrage, die die Diskussionen nach der Wahl prägen wird. Und die Diskussionen wurden bereits eingeleitet. Stimmen innerhalb der Sozialdemokratie, die einen Bruch mit der rot-grünen Zusammenarbeit befürworten, wurden laut. Doch die Parteiführung will bis auf weiteres daran festhalten. Die Debatte über die Zusammenarbeit wird vermutlich weitergehen. Im Grunde lautet die Frage, ob die politische Strategie und Zusammenarbeit mit der Linkspartei und den Grünen ein Zukunftsrezept ist oder ein einmaliges Experiment. Eines ist jedoch sicher: für die Sozialdemokraten war die Zusammenarbeit jedenfalls nicht genauso vorteilhaft wie für die Moderaten, die dank der bürgerlichen Allianz zulegen konnten. Den Moderaten gelang es auch, die bürgerliche Zusammenarbeit mit ihrer Politik und Strategie zu prägen. Die rot-grüne Zusammenarbeit erschien weniger deutlich und eher als Ergebnis von Kompromissen zwischen diesen drei Parteien.

Man kann wohl sagen, dass sich die Sozialdemokratie in einem Zustand des Schocks befindet und es gegenwärtig schwierig ist vorherzusagen, welche Veränderungen die Wahlniederlage bringen wird. Der Parteivorstand setzte eine Krisenkommission ein, die der Analyse der Wahl, der Erneuerung und Veränderung der Politik und der Prüfung von Organisation und Ideendebatte der Partei dient. Gleichzeitig hat die Partei einen Sonderparteitag für das nächste Jahr beschlossen. Was dort zur Debatte steht, ist bisher noch unklar.

Einige sozialdemokratische Pressestimmen haben den Rücktritt von Mona Sahlin gefordert. Doch kein Machtfaktor innerhalb der Partei hat dies zum Ausdruck gebracht. Sie legte einen guten Wahlsputz hin, die Partei scheint auch in der Schlussphase des Wahlkampfes

wieder Wähler gewonnen zu haben. In manchen Meinungsumfragen hatte die Partei noch schlechter abgeschnitten und hätte bei 27 bis 28 Prozent landen können. Die Partei ist trotz allem immer noch die größte Partei, auch wenn die Spanne sehr gering ist. Dies wird von mehreren als Grund für einen Verbleib von Mona Sahlin aufgeführt. Doch wird es in den nächsten Jahren für die Sozialdemokratie durchaus Veränderungen auf allen Ebenen geben.

Aber es geht natürlich auch um die zukünftige Entwicklung des schwedischen Modells. Sogar die Moderaten verwenden sozialdemokratisch gefärbte Begriffe in ihrer Propaganda. Dies beruht darauf, dass grundlegende sozialdemokratische Werte wie Gleichheit und Gleichbehandlung tief in der schwedischen Wählerschaft verwurzelt sind. Paradox ist, dass die mediale Diskussion eine neoliberalere Ausrichtung hat als in vielen anderen Ländern. Und die bürgerlichen Parteien haben eine zielstrebige Strategie zur Veränderung Schwedens in eine eher bürgerliche Richtung.

Der Streit darüber, was unter dem schwedischen Modell zu verstehen ist und wohin es sich entwickeln soll, wird somit auch nach den Wahlen von 2010 weiter geführt. Und hier muss die Sozialdemokratie ein gangbares politisches Konzept und eine Strategie finden, um verlorenen Boden wiedergutzumachen.

Literatur

Bengtsson, Håkan A. (2008): Nordische Erfahrungen. Das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Politik in Schweden, *Internationale Politikanalyse*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Bengtsson, Håkan A. (2008): *Agenda 2010+*, Agora.

Elmbrant, Björn (2010): Reinfeldt, *100 Jahre schwedische Ministerpräsidenten* (Sveriges statsministrar under 100 år), Bonniers.

Lind, Daniel (2009): *Zwischen Traum und Wirklichkeit: Freiheit und Lebenschancen im zukünftigen Schweden* (Mellan dröm och verklighet: Frihet och livschanser i framtidens Sverige), Arena.

Lindhagen, Jan und Macke Nilsson (1970): *Bedrohung der Arbeiterbewegung* (Hotet mot arbetarrörelsen). Tidens förlag.

Littorin, Sven-Otto (2010): *Auftrag Arbeit* (Uppdrag arbete), Ekerlids förlag.

Olofsson, Gunnar (1995): *Klasse, Bewegung, Sozialdemokratie. Essays über die Soziologie der Arbeiterbewegung* (Klass, rörelse, socialdemokrati. Essäer om arbetarrörelsens sociologi), Archiv.

Olofsson, Gunnar (1997): *Zwischen Klasse und Staat. Über Arbeiterbewegung, Reformismus und Sozialdemokratie* (Mellan klass och stat. Om arbetarrörelsen, reformism och socialdemokrati), Archiv.

Sahlin, Mona (2010): *Land der Möglichkeiten. Meine Vision für Schweden* (Möjligheternas land. Min vision för Sverige), Norstedt.

Wilkinson, Richard und Kate Picket (2009): *Gleichheit ist Glück* (Jämlikhetsanden: därför är mer jämlika samhällen nästan alltid bättre samhällen), Leopard.



Über den Autor

Håkan A. Bengtsson ist Geschäftsführer des Think Tanks *Arenagruppen* in Stockholm.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
<http://www.fes.de/ipa>

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de